

Neuer Datenschutz der EU reicht bis in die Schweiz

Aufgrund des weiten Anwendungsbereichs der neuen Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (EU) sollten Schweizer Unternehmen abklären, ob sie von der Verordnung betroffen sind und wenn ja, welche Anpassungen in technischer sowie personeller Hinsicht notwendig sind. Diese sind bis zum 25. Mai 2018 vorzunehmen.

Von Nina Spring, MLaw, Rechtsanwältin

Die neue Datenschutzgrundverordnung der EU tritt am 25. Mai 2018 in Kraft und findet auf die Bearbeitung von Personendaten Anwendung. Als Personendaten gelten alle Informationen, die sich auf identifizierte oder identifizierbare natürliche Personen beziehen. Die Verordnung gilt extraterritorial und ist daher auch für Schweizer Unternehmen relevant. Gleichzeitig wird in der Schweiz an der Revision des Datenschutzgesetzes gearbeitet.

WER IST BETROFFEN?

Die neue Verordnung gilt für alle Unternehmen, die eine Geschäftsniederlassung in der EU besitzen oder die Personen in der EU Waren oder Dienstleistungen anbieten (zum Beispiel durch einen Onlineshop). Sie gilt unabhängig davon, ob die Datenverarbeitung in der Schweiz oder der EU stattfindet. Weiter gilt sie auch für Unternehmen, die das Verhalten von Personen in der EU analysieren (über Websites, Apps, sogenanntes Webtracking). Bei der Bearbeitung von Personendaten durch ein Unternehmen in der EU im Auftrag eines Schweizer Unternehmens und umgekehrt ist die Verordnung ebenfalls anwendbar. Nicht

erfasst werden Daten von juristischen Personen und die Datenbearbeitung im Rahmen von privaten oder familiären Tätigkeiten. Aufgrund des weiten Anwendungsbereichs ist die Verordnung für viele Schweizer Unternehmen relevant.

EINWILLIGUNGSPFLICHT

Die betroffene Person muss in präziser, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache über die Bearbeitung ihrer Daten und ihre Rechte informiert werden. Ebenso hat die Einwilligung der betroffenen Person zur Bearbeitung ihrer Daten zu erfolgen. Ein vorausgefülltes Kästchen oder Stillschweigen genügen nicht, es muss eine eindeutige Handlung vorliegen. Den von der Datenbearbeitung betroffenen Personen müssen der Name und die Kontaktdaten des für die Datenbearbeitung Verantwortlichen sowie der Zweck der Datenbearbeitung bekannt gegeben werden. Informationen in AGB reichen nicht mehr aus. Eine umfassende Informationsangabe wird unumgänglich.

DOKUMENTATIONSPFLICHT

Unternehmen müssen die Einhaltung der Verordnungsbestimmungen nachweisen können. Dies kann zu einem erhöhten Aufwand führen, indem Unternehmen zum Beispiel Verarbeitungsvorgänge dokumentieren müssen. Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden haben ein Register der Datenbearbeitungstätigkeiten zu führen. Schweizer Unternehmen ohne Sitz in der EU müssen schriftlich einen Vertreter mit Niederlassung in der EU bezeichnen. Der Vertreter amtet als Kontaktstelle für die Aufsichtsbehörde und die von der Datenverarbeitung betroffenen Personen.



Abacus PPS-Software

Effiziente Planung und
Steuerung der Produktivität

i **Abacus Forum – E-Rechnung**
20.6.2018 im Hotel Arte, Olten
Anmeldung abacus.ch/forum

SICHERHEITSSCHUTZ

Wenn die Bearbeitung von Personendaten für die betroffene Person ein hohes Risiko darstellt (Beispiele sind systematische Beobachtung, Datenbearbeitung in grossem Umfang oder von vertraulichen sowie höchstpersönlichen Daten, die Einführung neuester Technologie), ist eine interne Datenschutz-Folgeabschätzung bezüglich Risikobewertung und Schutzmassnahmen durchzuführen. Eine Sicherheitslücke (beispielsweise ein Diebstahl personenbezogener Daten) muss neu sofort und möglichst binnen 72 Stunden der Aufsichtsbehörde gemeldet werden, falls diese voraussichtlich zu einem Risiko für die betroffenen Personen führt. Es gilt in technischer und organisatorischer Hinsicht sicherzustellen, dass solche Lücken sofort entdeckt werden.

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Vom Vertreter zu unterscheiden ist der Datenschutzbeauftragte. Für Unternehmen besteht die Pflicht, einen fachkundigen Datenschutzbeauftragten zu bestimmen, wenn die wesentliche Tätigkeit zur Erreichung des Unternehmensziels aus Datenverarbeitungsvorgängen besteht, welche aufgrund der Art, des Zwecks oder Umfangs eine umfangreiche regelmässige und systematische Überwachung von betroffenen Personen erforderlich machen. Der Datenschutzbeauftragte kann seinen Sitz in oder ausserhalb der EU haben, solange er erreichbar ist (zum Beispiel via Hotline oder Kontaktformular auf der Website des Unternehmens).

Die Grundsätze der Datenverarbeitung sind bereits bei der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen zu beachten, indem diese bei der technischen Ausgestaltung (privacy by design) und den datenschutzfreundlichen Grund-einstellungen (privacy by default) berücksichtigt werden (zum Beispiel durch Minimierung oder Anonymisierung der bearbeiteten Daten).

HOHE BUSSEN

Bei Verstößen gegen die Verordnung drohen Unternehmen Geldbussen von bis maximal 20 Millionen Euro oder vier Prozent des weltweiten Jahresumsatzes des vergangenen Geschäftsjahrs, falls dieser Betrag höher ist.

HANDLUNGSBEDARF

Ist die Anwendbarkeit der Verordnung geklärt, sind verschiedene Massnahmen zu treffen. Unter anderem sollten eine Bestandesaufnahme der gesammelten Personendaten gemacht und die Zugriffsrechte überprüft werden. Weiter sind AGB und Verträge zu überarbeiten. Allfällige Software oder Apps sind anzupassen und die Mitarbeitenden für die neuen Regelungen zu sensibilisieren. Falls notwendig, ist ein interner oder externer Datenschutzbeauftragter und/oder Vertreter zu bestellen.

ÜBERARBEITUNG IN DER SCHWEIZ

Die Revision des schweizerischen Datenschutzgesetzes soll sicherstellen, dass das schweizerische Recht aus der Sicht der EU als gleichwertig angesehen wird und der Datenaustausch zwischen der EU und der Schweiz weiterhin möglich bleibt. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat im Januar 2018 beschlossen, zuerst die notwendigen Anpassungen an das europäische Recht vorzunehmen und erst danach die Totalrevision des Datenschutzgesetzes anzugehen.

FAZIT

Für viele Schweizer Unternehmen ist die Verordnung direkt anwendbar, wenn sie mit Bezug zur EU operieren und in diesem Zusammenhang Daten von Lieferanten, Kunden oder in der EU eingesetzten Mitarbeitenden bearbeiten. Deshalb sollten Unternehmen abklären, ob und inwieweit sie von der Verordnung betroffen sind und die nötigen Anpassungen in technischer sowie personeller Hinsicht vornehmen. Diese haben bis zum 25. Mai 2018 zu erfolgen.

- Ressourcenverwaltung mit verlängerter Werkbank
- Stammarbeitspläne mit Varianten
- Auftragsbezogene Beschaffung
- Plan-Manager mit grafischem Leitstand
- Reihenfolgeplanung für Engpassressourcen
- Vor-/Nachkalkulation
- Seriennummern/Chargenverwaltung
- Definierbare Produktionsauftragsprozesse

www.abacus.ch



Nouvelle protection des données jusqu'en Suisse

En raison du champ d'application large de la nouvelle ordonnance sur la protection des données de l'Union européenne (UE), les entreprises suisses doivent clarifier si elles sont concernées, et si oui, quelles seront les adaptations nécessaires au niveau technique autant que du personnel. Cela doit être implémenté jusqu'au 25 mai 2018.

De Nina Spring, MLaw, avocate

La nouvelle ordonnance sur la protection des données de l'UE entre en vigueur le 25 mai 2018 et s'applique au traitement des données personnelles. Sont considérées comme données personnelles toutes les informations qui se réfèrent à des personnes naturelles identifiées ou identifiables. Cette ordonnance s'applique de manière extraterritoriale et donc aussi aux entreprises suisses. En même temps, la Suisse travaille aussi à la révision de la loi sur la protection des données.

QUI EST CONCERNÉ ?

La nouvelle ordonnance s'applique à toutes les entreprises qui possèdent une succursale dans l'UE ou aux personnes qui proposent des biens ou des services dans l'UE (par exemple par une boutique en ligne sur internet). Elle s'applique indépendamment du fait que l'exploitation de ces données se déroule en Suisse ou dans l'UE. D'autre part, elle s'applique aussi aux entreprises qui analysent le comportement de personnes dans l'UE (par des sites internet, Apps, du Web-tracking). Elle s'applique aussi à l'exploitation de données personnelles par des entreprises dans l'UE à la demande d'une entreprise suisse et inversement. Les données de personnes juridiques et le traitement de données dans le cadre d'activités privées ou familiales ne sont pas concernés. En raison du large champ d'application de cette ordonnance, elle concerne de nombreuses entreprises suisses.



OBLIGATION D'ACCORD

Les personnes concernées doivent être informées sur traitement de leurs données et sur leurs droits dans une forme précise, compréhensible et facilement accessible dans un langage clair et simple. De même, la personne concernée doit donner son accord au traitement de ses données. Une petite fenêtre remplie au préalable ou l'accord tacite ne suffisent pas, il faut être en présence d'une action explicite. Il faut faire connaître à la personne concernée le nom et les informations de contact du responsable du traitement des données et le but de ce traitement. Une information dans les CGC ne suffit plus. Une information complète devient incontournable.

OBLIGATION DE DOCUMENTATION

Les entreprises doivent pouvoir prouver le respect des dispositions de cette ordonnance. Cela peut conduire à un effort augmenté en raison de la nécessité des entreprises de devoir par exemple documenter des processus de traitement. Des entreprises avec plus de 250 collaborateurs doivent tenir un registre des activités de traitement des données. Les entreprises suisses dont le siège n'est pas dans l'UE doivent désigner par écrit un représentant avec siège dans l'UE. Ce représentant agit comme contact pour les autorités de surveillance et pour la personne concernée par le traitement de ses données.

Tiger-tec® Gold

Go for better, go for Gold.



LA PROTECTION DE LA SÉCURITÉ

Si le traitement des données personnelles représente un risque élevé pour la personne concernée (par exemple la surveillance systématique, le traitement de données dans un grand volume ou des données confidentielles ou hautement personnelles, l'introduction de nouvelles technologies), il faut entreprendre une évaluation d'impact interne concernant les risques encourus et des mesures de protection à prendre. Une faille de sécurité (par exemple le vol de données relatives à une personne) doit maintenant être annoncée immédiatement – et si possible dans les 72 heures – aux autorités de surveillance si on peut craindre que cela conduise à un risque pour la personne concernée. Il s'agit de s'assurer – au point de vue technique et organisationnel – que de telles failles soient découvertes immédiatement.

RESPONSABLE PROTECTION DONNÉES

Le responsable de la protection des données doit être distinct du représentant. Les entreprises ont l'obligation de désigner un responsable de la protection des données expérimenté si l'activité essentielle pour atteindre le but de l'entreprise consiste en processus de traitement de données qui – en raison du genre, du but ou du volume – nécessite une surveillance étendue, régulière et systématique des personnes concernées. Ce responsable de la protection des données peut avoir son siège dans ou à l'extérieur de l'UE aussi longtemps qu'il est atteignable (par exemple la mise en place d'une hotline ou d'un formulaire de contact sur le site internet de l'entreprise).

Pour assurer qu'ils respectent l'ordonnance, les principes du traitement des données doivent déjà être pris en compte lors de la mise au point du concept technique et du développement de produits et services (*privacy by design*) et des paramètres de base (*privacy by default*) (par exemple par la minimalisation et en rendant les données traitées anonymes).

DES AMENDES ÉLEVÉES

Lors d'infractions contre cette ordonnance, les entreprises risquent des amendes jusqu'à un maximum de 20 millions d'Euro ou quatre pour-

cents du chiffre d'affaires mondial du dernier exercice si ce montant est plus élevé.

NÉCESSITÉ D'ACTION

Si l'applicabilité de l'ordonnance est démontrée, diverses mesures doivent être prises. Entre autres il faut faire un état des lieux des données personnelles collectées et vérifier les droits d'accès. D'autre part, les CGC et autres contrats doivent être révisés. Les logiciels et Apps doivent être adaptés et les collaborateurs doivent être sensibilisés à cette nouvelle réglementation. Si nécessaire, il faut faire intervenir un responsable de la protection des données interne ou externe et/ou le représentant.

RÉVISION EN SUISSE

La révision de la loi suisse sur la protection des données doit garantir que le droit suisse est considéré comme équivalent à celui de l'UE et que l'échange de données entre l'UE et la Suisse reste possible. La Commission de la politique d'état du Conseil national a décidé en janvier 2018 d'entreprendre d'abord les adaptations nécessaires au droit européen et ensuite seulement la révision totale de la loi sur la protection des données.

CONCLUSION

Pour de nombreuses entreprises suisses, cette ordonnance est directement applicable si elles sont en relation avec l'UE et dans ce cadre traitent des données de fournisseurs, de clients ou de collaborateurs délégués dans l'UE. En raison du large champ d'application, les entreprises doivent clarifier si elles sont concernées par cette ordonnance et si oui, quelles adaptations sont nécessaires et qu'elles doivent entreprendre au niveau technique autant que du personnel. Cela doit être entrepris jusqu'au 25 mai 2018.

Nina Spring, MLaw, Rechtsanwältin
Muri Rechtsanwälte AG
Schmidstrasse 9
8570 Weinfelden
www.muri-anwaelte.ch
Tel. +41 (0) 71 622 00 22

De brillantes perspectives pour ceux qui refusent les compromis : Tiger-tec® Gold
Si vous deviez aujourd'hui vous décider entre une durée de vie maximale, une sécurité du process sans compromis ou une productivité hors pair – quel serait votre choix ? Choisissez la liberté de ne pas devoir choisir. Restez fidèle à vos exigences de qualité à tout point de vue : Tiger-tec® Gold.

walter-tools.com

SIAMIC
Halle 1.2 / Stand E17

WALTER
Engineering Kompetenz